

Wahlen in Honduras: José Manuel Zelaya Rosales von der Liberalen Partei neuer Präsident - Bestätigung des Zweiparteiensystems -

Knapper Wahlsieg der Liberalen Partei

Am vergangenen 27. November 2005 wählten die rd. 3,9 Millionen Wahlberechtigten Honduras ihren neuen Präsidenten und Vize-Präsidenten, die 128 Abgeordneten (samt Stellvertreter) des Ein-Kammer-Parlaments, 298 Bürgermeister sowie rd. 2.400 Stadträte für den Zeitraum 2006 - 2010. Die Amtsübergabe erfolgt am 27. Januar 2006.

Mit der knappsten Differenz in der demokratischen Geschichte des Landes wurde der Oppositionskandidat José Manuel Zelaya von der Liberalen Partei (PL) gegenüber seinem Gegenspieler Porfirio Lobo von der regierenden Nationalen Partei (PN) zum neuen Präsidenten Honduras gewählt. Mit 62 Mandaten ist die PL stärkste Partei im Parlament und hat nach ersten Ergebnissen auch die Kommunalwahlen gewonnen. Hochrechnungen geben ihr 166 Bürgermeister. Traditionsgemäß konnte der Bürgermeister-Kandidat der PN die Hauptstadt Tegucigalpa gewinnen, während die Liberale Partei die Wahl im Industriezentrum, der zweitgrößten Stadt des Landes, San Pedro de Sula, für sich entschied.

Der neue Präsident wurde 1951 geboren, ist verheiratet und hat vier Kinder. Er studierte Agraringenieurswesen und verfügt über langjährige Erfahrungen im privaten und öffentlichen Sektor. Von 1987 bis 1994 war er führendes Mitglied in verschiedenen Unternehmensverbänden und Vorstandsmitglied einer Privatbank. Er gründete darüber hinaus mehrere Unternehmen. Aktives Parteimitglied auf Departmentebene und von 1985 – 1998 Abgeordneter im Parlament. Unter den Ex-Präsidenten Carlos Reina (1994 – 1998) und Carlos Roberto Flores (1998 – 2002) war er von 1994 bis 1999 Geschäftsführer des staatlichen Fonds für soziale Investitionen. Für seine effiziente Amtsführung bekam er die Auszeichnung als „Minister des Jahres“ und der von ihm geleitete Fonds wurde von der Weltbank als die sechsbeste Institution der öffentlichen Verwaltung weltweit gelobt. Ebenso bezeichnete die Weltbank ein von ihm ins Leben gerufenes Förderungsprogramm für die indigene und schwarze Bevölkerungsminderheit („Unsere Wurzeln“) als das beste sozio-ökonomische Programm der Region.

Bestätigung der politischen Dominanz der beiden Alt-Parteien auf allen Ebenen

Zu den Wahlen angetreten waren neben den beiden Traditions- bzw. Alt-Parteien PL (Mitte-links) und PN (Mitte-rechts), die sich in den letzten 100 Jahren stets die Macht im Lande geteilt haben, noch drei weitere Parteien: die zentristische christlich-demokratische PDC (Partido Demócrata Cristiano, gegründet 1969, nimmt seit 1981 an

Wahlen teil), die sozialdemokratische PINU (Partido Innovación y Unidad Social-Demócrata, gegründet 1969, nimmt seit 1981 an Wahlen teil) sowie die linke Sammlungsbewegung UD (Unión Democrática, gegründet als Zusammenschluss von vier Parteien im Jahre 1994, nimmt seit 1997 an Wahlen teil). Keine dieser Parteien ist älter als 25 Jahre. Um die Rechtspersönlichkeit einer Partei aufrechtzuerhalten werden 2 % Stimmenanteil oder mindestens ein Abgeordnetensitz vom Gesetz verlangt. Keine der Neu-Parteien konnte den erforderlichen Stimmenanteil erreichen, wohl sind alle drei mit Abgeordneten im Parlament vertreten und damit als Partei weiterhin anerkannt.

Es war bereits der zweite Urnengang für die Bevölkerung im laufenden Jahr. Im Februar 2005 mussten laut Wahlgesetz diejenigen Parteien, die über interne Bewegungen oder Fraktionen verfügen, Urwahlen zur Aufstellung ihrer Kandidaten durchführen. Lediglich die Liberale Partei und die Nationale Partei verfügen mit acht bzw. vier über solche internen Strömungen. Als Präsidentschaftskandidaten gingen aus den Urwahlen Porfirio Lobo (Nationale Partei) und José Manuel Zelaya (Liberale Partei) hervor.

Wie auch in allen bisherigen Präsidentschaftswahlen konnten die beiden Alt-Parteien PL und PN stets mehr als 95 % der Stimmen auf sich vereinigen, während es bei den Parlamentsmandaten immer noch rd. 90 % sind.

Im neugewählten Parlament verfügt die PL über 62 Mandate, gefolgt von der PN mit 55 Mandaten, der UD mit 5 Mandaten, der PDC mit 4 Mandaten und der PINU mit 2 Mandaten. Bei den Kommunalwahlen (das amtliche Endergebnis wird im Januar 2006 erwartet) ist die Dominanz von PL und PN besonders ausgeprägt. Zukünftig stellen sie 296 Bürgermeister in den 298 Kommunen. Lediglich die christlich-demokratische PDC und die sozialdemokratische PINU konnten je eine Kommune für sich gewinnen. Ähnliche Ergebnisse sind für die Ergebnisse bei den Stadtratswahlen zu erwarten.

Nach den bisherigen amtlichen Ergebnissen des Obersten Wahlgericht ergeben sich für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2005 folgende Zahlen:

Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2005

Parteien / Wahlen	Wahlen 1993		Wahlen 1997		Wahlen 2001		Wahlen 2005	
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
Partido Liberal	906.793	53,0	1.040.403	52,7	962.446	44,3	999.006	49,9
Partido Nacional	735.123	43,0	844.985	42,8	1.135.556	52,2	925.243	46,2
Partido de Innovación y Unidad - Democracia Social (PINU)	48.471	2,8	41.525	2,1	31.561	1,5	20.093	1,0
Partido Demócrata Cristiano (PDC)	20.350	1,2	24.525	1,2	21.056	1,0	27.812	1,4
Partido Unificación Democrática (PUD)	./	./.	24.243	1,2	24.075	1,1	29.754	1,5
	1.710.737		1.975.681		2.174.694		2.001.908	

Quelle: Oberstes Wahlgericht (TSE)

Ergebnis der Parlamentswahlen 2005

Parteien / Wahlen	Wahlen 1993 Sitze	Wahlen 1997 Sitze	Wahlen 2001 Sitze	Wahlen 2005 Sitze
Partido Liberal	71	67	55	62
Partido Nacional	55	55	61	55
Partido de Inovación y Unidad Social- Demócrata (PINU)	2	3	3	2
Partido Demócrata Cristiano (PDC)	./.	2	4	4
Partido Unificación Democrática (PUD)	./.	1	5	5
	128	128	128	128

Quelle: Oberstes Wahlgericht (TSE)

Transparenter Wahlprozess mit Schatten: Rolle des Obersten Wahlgerichts und historisch geringe Wahlbeteiligung

Das Wahlsystem Honduras ist kompliziert: Für die Präsidentschaftswahlen reicht die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, die Parlamentsabgeordneten werden nach offenen Provinzlisten proportional nach Stimmenquotienten und –residuen gewählt. Die Kommunalwahlen erfolgen mit einfacher Mehrheit (Bürgermeister) und offenen Listen mit proportionaler Verteilung (Stadträte).

Die rd. 7.000 Wahlbeobachter (davon rd. 700 aus dem Ausland, unter ihnen 113 von der OEA aus 14 Ländern) bezeichneten den Wahlprozess als den „schlechtesten der letzten 25 Jahre“. Dabei ging die Kritik weniger gegen den Prozess als solchen, der transparent und sauber verlief, als gegen eine vermutete Politisierung des Obersten Wahlgerichtes, das nicht wie angekündigt bereits am Wahlabend eine erste offizielle Trendmeldung auf der Basis von 2.500 der rd. 41.000 Wahlurnen verkündete. Es wurden Vermutungen laut, dass die Verzögerung in der Bekanntgabe der ersten Trendmeldungen auf der abtsehbaren Niederlage des Kandidaten der Regierungspartei beruhte, zumal eine bekannte Umfrageagentur aufgrund von „exit-polls“ am Wahltag bereits einen Sieg des liberalen Kandidaten ankündigte. Die Medien sorgten angesichts fehlender Verlautbarungen des Obersten Wahlgerichtes außerdem durch die Vermischung von Kommentaren, wahrscheinlichen Trends und Prognosen für weitere Verwirrung. Schließlich setzte die Beobachtermission der OEA eine Stichprobe von 191 Wahlurnen durch, deren Auszählung im Beisein des TSE und Vertretern der 5 Parteien als offizielle „Tendenz“ anerkannt wurde. Sie sah ebenfalls den liberalen Kandidaten als Wahlsieger. Nervosität machte sich bei der Liberalen Partei breit, da die Nationale Partei ihre Niederlage nicht anerkennen wollte.

Die Wahlbeteiligung lag lediglich bei rd. 51 % und war damit die geringste in der politischen Geschichte des Landes. Im wesentlichen lag die statistisch hohe Wahlenthaltung daran, dass rd. 1 Million Honduraner ihren Wohnsitz im Ausland haben, von denen sich lediglich rd. 9.500 in das Wahlregister eingetragen hatten. Von diesen wiederum gaben letztendlich weniger als 1.000 ihre Stimme ab. Unter Einbeziehung dieser Zahlen kam das Oberste Wahlgericht zu einer offiziellen Wahlbeteiligung von rd. 75 %.

Für den hohen Anteil der Wahlenthaltungen scheinen aber auch die Parteien selbst verantwortlich zu sein. So hatten die Urwahlen speziell in der Nationalen Partei tiefe Gräben zwischen den Parteiströmungen hinterlassen, was wohl auch nach Ansicht von Experten dazu geführt hatte, dass viele Parteigänger nicht zur Wahl gingen.

Wahlkampf mit wenig Tiefgang

Die Meinungsumfragen hatten im Vorfeld der Wahlen stets ein Kopf-an-Kopf-Rennen der beiden Präsidentschaftskandidaten vorausgesagt, wobei sich in den letzten Wochen ein leichter Vorteil zugunsten des Kandidaten der Nationalen Partei herauschälte.

Dass es trotzdem zu einem – wenn auch knappen - Sieg für den Kandidaten der Liberalen Partei kam, hat verschiedene Gründe:

1. der „unabhängige“ Wähler fürchtete eine mögliche „Allmacht“ der Nationalen Partei, wenn sie erneut die Präsidentschaft übernimmt. Hierbei spielte eine große Rolle, dass das Image des Kandidaten der Nationalen Partei als jovialer, konsensbewusster Politiker im Laufe des Wahlkampfes einem aggressiven und intoleranten Image wich. Das Problem der bürgerlichen Unsicherheit, der Bandenkriminalität als Problem des Staates mit juristischen und sozialen Fundamenten wurde mehr und mehr als ein eher persönliches Problem, das mit radikalen Mitteln zu bekämpfen (wie die Todesstrafe) ist. Für viele klang das wie „Befreiung vom Kommunismus“ aus früheren Jahren.
2. die „Abstrafung“ der gegenwärtigen Regierung Maduro von der Nationalen Partei für die fortwährenden Benzinpreiserhöhungen vor der Wahl und die Straflosigkeit für die Verantwortlichen der umfangreichen Schwarzmärkte (z.B. Benzin, Passhandel).
3. der Kandidat der Liberalen Partei brachte – im Gegensatz zu seinem Konkurrenten von der Nationalen Partei - Vertreter der in den Urwahlen unterlegenen Parteiströmungen auf den Wahllisten unter und konnte somit auch deren Parteianhänger mobilisieren. Durch einen disziplinierten Wahlkampf gelang ihm, sich als „Opfer“ zu positionieren und die Notwendigkeit eines politischen Wechsels zu vermitteln.

Der Wahlkampf selbst zeichnete sich aus durch wenig konkrete, kohärente oder innovative Angebote der Kandidaten. Z.B. versprachen beide Präsidentschaftskandidaten die Schaffung von Arbeitsplätzen, ohne jedoch ihre programmatischen Vorstellungen zu konkretisieren. Viele prioritäre Entwicklungsthemen des Landes, wie Armutsbekämpfung, Stärkung der schwachen Wirtschaft, soziale und wirtschaftliche Absicherung des TLC (Freihandelsabkommen) blieben außen vor oder wurden nur oberflächlich angeschnitten.

Zahlreich waren auch die persönlichen Angriffe vor allem zwischen den Präsidentschaftskandidaten der PL und der PN. Dabei wurde José Manuel Zelaya von seinem Gegner Schwäche gegenüber den Jugendbanden vorgeworfen, da die Liberale Partei die Verfassungsmäßigkeit der von der Regierung Maduro durchgesetzten drakonischen Strafen anzweifelte. Zelaya wurde auch mit einem Massaker an

Bauernführern in Zusammenhang gebracht, bei dem 1975 18 Personen (darunter 14 Christdemokraten und ein Priester) ermordet wurden und für das sein Vater als verdächtiger Urheber in Haft kam. Umgekehrt forderte der liberale Präsidentschaftskandidat die Wähler auf, die Regierung wegen ihrer angeblichen Erfolglosigkeit mit dem Stimmzettel "zu bestrafen". Angesichts der zunehmenden Schärfe der Auseinandersetzungen sah sich sogar der angesehene Kardinal Carlos Rodríguez gezwungen, zur Mäßigung und staatsbürgerlichem Verhalten zu mahnen.

Vages Wahlprogramm von José Manuel Zelaya

In seinem Wahlprogramm sprach sich der gewählte Präsident für eine strenge Korruptionsbekämpfung, Stärkung der Impulse für die Entwicklung des Landes sowie für eine neue Beziehung zwischen Regierung und Bürger aus. Dazu sieht er für seine Regierung vor allem 7 Schwerpunkte, die allerdings äußerst vage in einem 50-seitigen Dokument angesprochen werden. Dabei muss nun beachtet werden, dass für einige der Vorhaben (speziell im Zusammenhang mit dem öffentlichen Haushalt) das Parlament zuständig ist, in dem seine Regierungspartei nicht über die Mehrheit verfügt:

1. Stärkung der demokratischen Bürgerbeteiligung
Umsetzung eines nicht genauer definierten Konzeptes „Bürgermacht“ als „offene Versammlungen“ auf lokaler Ebene zur Bestimmung lokaler Entwicklungsprioritäten. Weiter erwähnt wird ein „Transparenz-Gesetz“ zur Bekämpfung der Korruption im öffentlichen Sektor sowie eine Gesetz zur Regelung des Zugangs zu öffentlichen Informationen.
2. Wirtschaftswachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen
Besondere Erwähnung findet ein Großprojekt zum Bau eines interozeanischen Kanals mit Finanzierungshilfen durch Taiwan. Eine entsprechende Gesetzesinitiative wurde bereits dem Parlament zugeleitet.
3. Förderung von Bildung, Gesundheit, Kunst und Kultur
Schwerpunkt soll auf der Erhöhung des Haushaltsansatzes für Bildung liegen, um die gesamte Bevölkerung abdecken zu können und eine kostenlose Bildung zu gewährleisten.
4. Sicherung der demokratischen Regierungsfähigkeit und des Rechtsstaates
Das von der Regierung Maduro vertretene Konzept der „Null-Toleranz“ gegenüber der Bandenkriminalität wird als „zu gewalttätig“ abgelehnt. Stattdessen sollen verstärkte Anstrengungen im Bereich der Vorbeugung, Rehabilitierung und sozialen Integration der Kriminellen unternommen werden. Die Zahl der Polizeikräfte soll verdoppelt werden.
5. Modernisierung des Regierungs- und Verwaltungsapparats
Reform der öffentlichen Verwaltung durch Zusammenlegung von Ministerien und staatlichen Institutionen. Die entsprechenden Vorschläge sollen noch vor Regierungsantritt am 27. Januar 2006 vorgelegt werden. Umsetzung der Empfehlungen des „Honoratiorenrates“ bezüglich der Erdölsituation des Landes (Ausschreibung von Erdölkäufen, Steigerung der Lagerkapazität des Landes, Ausbau des Wettbewerbs etc.)
6. Umweltpakt zur nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen
7. Verminderung der Abhängigkeit vom Ausland

Das neue Parlament: fehlende Regierungsmehrheit und steigender Frauenanteil

Aufgrund des knappen Wahlsieges, ist die neue Regierung im Parlament zu Allianzen mit anderen politischen Kräften gezwungen, um ihre Vorhaben umzusetzen.

Bislang hat die Nationale Partei wenig Bereitschaft zur Zusammenarbeit gezeigt, da sie in die Opposition gehen will, während die Links-Union UD aus Strategiegründen keine Allianz mit den Alt-Parteien eingehen will.

Bleibt noch die christlich-demokratische PDC als möglicher Kooperationspartner, da die Mandate der sozialdemokratischen PINU nicht für eine absolute Parlamentsmehrheit reichen. Nahezu auszuschließen ist eine Koalition der vier Oppositionsparteien, um ein Parlamentspräsidium gegen die Regierungspartei zu bilden, obwohl es dazu bereits informelle Gespräche gibt.

Bereits in der gegenwärtigen Legislaturperiode übt die PDC die Rolle als Mehrheitsbeschaffer für die regierende Nationale Partei im Rahmen einer Parlamentsallianz aus. Sie sicherte damit der Regierung die Regierungsfähigkeit in wichtigen Reformvorhaben. Der Stimmenzuwachs bei den Wahlen und die gleichzeitige Bestätigung der Abgeordnetenzahl deuten darauf hin, dass die Bürger diese Rolle der PDC durchaus anerkennen. Allerdings haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Parteien im Verlauf der Legislaturperiode so gestärkt, dass politische Kenner davon ausgehen, dass seitens der Liberalen Partei eine Unterstützung der PDC nur im „Paket“ mit der Nationalen Partei zu bekommen ist.

Von den 128 Abgeordneten werden 31 Frauen sein, was einem Anteil von 24 % entspricht. Damit wird zwar nicht die gesetzliche Quote von 30 % erreicht, doch es bedeutet immerhin fast eine Verfünffachung gegenüber der Präsenz im gegenwärtigen Parlament. In den Medien werden Hoffnungen ausgedrückt, dass sich eine mögliche Allianz der Frauen in mehr Korruptionsbekämpfung, sparsamer Haushaltsführung, Berücksichtigung der Bedürfnisse der Mehrheit der Bevölkerung und strikter Anwendung des Rechts- und Justizsystems niederschlägt. Es bleibt abzuwarten, ob die Gemeinsamkeiten als Interessenvertretung der Frauen ausgeprägter sind als die jeweilige Parteiloyalität.

Die neue Regierung und ihre Herausforderungen

José Manuel Zelaya wird mit seinem Wahlsieg zum 94. Präsidenten des Landes seit der Unabhängigkeit im Jahre 1821 und zum siebten Präsidenten seit der Rückkehr des Landes zur Demokratie im Jahre 1981. Die Militärs behielten damals jedoch ihre einflussreiche gesellschaftspolitische Rolle und erst in der Amtszeit des ebenfalls liberalen Präsidenten Carlos Roberto Flores (1998-2002) gelang es, den Einfluss der Militärs endgültig zurückzudrängen. Eine Verfassungsreform von 1998 bestimmte den Präsidenten zum Oberbefehlshaber der Militärs und erstmalig konnte ein Ziviler als Verteidigungsminister ernannt werden. Eine Kraftprobe mit dem Militär entschied der Präsident für sich, als er vier hohe Militärführer absetzte. Ein Entmilitarisierungsabkommen mit Nicaragua an der Karibikküste nahm den Militärs weitere nationale Bedeutung.

Im Jahre 2002 trat der neugewählte Präsident Ricardo Maduro (2002 – 2006) von der Nationalen Partei sein Amt an und konnte sich erstmals voll den Entwicklungsproblemen des Landes widmen, ohne auf die Reaktion des Militärs achten zu müssen. Auf seiner außenpolitischen Agenda stand im Rahmen der Normalisierung zuoberst die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Kuba, wirtschaftspolitische Prioritäten waren die Aufnahme des Landes in die HIPC-

Vereinbarung und die Verhandlungen und Ratifizierung des Freihandelsabkommens mit den USA (TLC). Innenpolitisch stand die Bekämpfung der Bandenkriminalität („Null-Toleranz“) an erster Stelle.

Die Wirtschaft Honduras basiert auch weiterhin auf zwei landwirtschaftlichen Export-Produkten: Bananen und Kaffee. Allerdings sind in den letzten Jahren mit der Maquila - einer Art „verlängerten Werkbank“ - einige Industrieproduktionen (vor allem im Textilbereich), mit dem Tourismus und den Überweisungen der Auslands-Honduraner an ihre Familienmitglieder wichtige Impulse für die Wirtschaftsentwicklung hinzugekommen. Maquila und Tourismus bringen es auf jeweils 6-7 % des BIP, während die Auslandsüberweisungen es in 2005 auf rd. 1,5 Mrd. US-Dollar bringen, was einen Pro-Kopf-Betrag von rd. 160 US-Dollar ausmacht. Angesichts des Handelsbilanzdefizits von rd. 1,8 Mrd. US-Dollar sind die Devisenbringer Tourismus und Familienüberweisungen unabdingbar für das Zahlungsbilanzgleichgewicht des Landes.

Die Wachstumsrate des Landes liegt trotz der enormen Belastungen durch die Erdöl- bzw. Benzinpreiserhöhungen zwischen 4,5 und 5 % (unter den höchsten auf dem Kontinent), das Haushaltsdefizit konnte von 5,3 % zu Beginn der Regierung Maduro auf rd. 2,5 % abgesenkt und die Inflation auf 8 % reduziert (als einzigem Land der Region gelang ein Abbau) werden. Etwa 5,9 % der Erwerbspersonen sind arbeitslos, jedoch sind etwa 36 % unterbeschäftigt.

Seitens des IWF wurden Honduras im Rahmen der HIPC-Initiative 154 Millionen US-Dollar Schulden erlassen. Diese Schulden werden von insgesamt 43 Staaten über deren Einlagen in den HIPC-Fonds finanziert. Das Abkommen öffnet die Türen für eine ähnliche Vereinbarung mit dem BID, bei der es zu einem Schuldenerlass in Höhe von 1,3 Mrd. US-Dollar kommen könnte. In diesem Falle würde die G-8 die erlassenen Schulden begleichen. Käme es dazu, so würde Honduras seine Auslandsschulden im Zuge der HIPC-Initiative von rd. 5 Mrd. US-Dollar auf rd. 800 Mio. US-Dollar senken. Der bisher erfolgte Schuldenerlass der internationalen Gebergemeinschaft in Höhe von rd. 3 Mrd. US-Dollar (oder 60 % der Auslandsschulden) hat bereits zu Zinsentlastungen im öffentlichen Haushalt in der Größenordnung von rd. 200 Millionen US-Dollar jährlich geführt, die entsprechend der HIPC-Vereinbarung zur Armutsbekämpfung eingesetzt werden müssen.

Trotz der Erfolge der Regierung Maduro bei der Stabilisierung der makroökonomischen Daten sind die Herausforderungen für die neue Regierung unter Präsident José Manuel Zelaya enorm:

1. Armutsbekämpfung in Verbindung mit Sicherung der makroökonomischen Stabilität und einer nachhaltigen Haushaltspolitik
Armut stellt zweifellos die größte Herausforderung dar. Rd. 80 % der Bevölkerung leben in Armut, davon mehr als die Hälfte unter Bedingungen extremer Armut. Gemäß der CEPAL ist Honduras zusammen mit Nicaragua, Paraguay und Bolivien das Land mit den größten Problemen, die Millenniumsentwicklungsziele – darunter die Verringerung der extremen Armut um die Hälfte - bis 2015 zu erreichen. Für eine erfolgreiche Bekämpfung der Armut ist eine nachhaltige Wachstumsrate der Wirtschaft in Höhe von 6 % erforderlich. Dazu konzentrierte sich die bisherige Strategie hauptsächlich auf soziale Bereiche, wie Ernährung, Gesundheit und Bildung, sowie die

- Kontrolle des Haushaltsdefizits und die Unterstützung der KMU im landwirtschaftlichen und produktiven Bereich.
2. Absicherung des TLC, der zwar im Juli 2005 vom Parlament ratifiziert wurde aber erst nach Verabschiedung einiger Komplementär-gesetze (z.B. Öffnung des Telekommunikationssektors) in Kraft tritt. Erforderlich sind allerdings auch ergänzende Programme (sogenannte Komplementär-Agenda), die die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft, Klein- und Mittelunternehmen etc.) stärken, aber auch den Standort für attraktive Auslandsdirektinvestitionen sichern sollen (z.B. Infrastruktur, Arbeits- und Umweltrecht).
 3. Transparenz in der öffentlichen Verwaltung
Hier steht an erster Stelle die Dezentralisierung mit der Schaffung eigener Finanzierungsquellen der Gemeinden, Sicherung der Effizienz der Gemeindeverwaltung durch Schaffung einer Laufbahn als Kommunalbeamter, Erhöhung der Transparenz der Gemeindepolitik durch mehr Bürgerkontrolle.
 4. Bürgerliche Sicherheit und Lösung des Problems der „maras“
Rd. 90.000 Honduraner werden jährlich allein aus den USA und Mexiko ausgewiesen. Täglich kommen zwischen 20 und 30 Jugendliche von 18 Jahren zurück ins Land und verstärken die Bandenkriminalität (ihre fallen pro Jahr rd. 10.000 Personen zum Opfer). Mehr als 50 % der Bevölkerung sind unter 18 Jahren und verfügen über geringe Bildungs- und Beschäftigungschancen.

Für den Prozess der Amtsübergabe wurden 20 Kommissionen gebildet, an denen rd. 200 Personen beteiligt sind. Der gewählte Präsident befürchtet offensichtlich ein Machtvakuum, wie es einige Wochen vor der Amtsübergabe von Präsident Carlos Flores auf seinen gewählten Nachfolger Ricardo Maduro entstand, weil der amtierende Präsident Flores zu einem medizinischen Eingriff ins Ausland reiste.

Aller Voraussicht nach wird sich das Kabinett des neuen Präsidenten aus bekannten Gesichtern zusammensetzen (speziell aus den Kabinetten der Ex-Präsidenten Reina und Flores, denen er selbst angehört hatte). Er versucht durch die Integration der in den Urwahlen unterlegenen internen Strömungen die Liberale Partei zu einigen und sich selbst durch geschickte Machtaufteilung Handlungs- und Entscheidungsspielraum zu erhalten. Bekannt wurden bislang die Namen des Außenministers Milton Jiménez Puerto (zählt zu den persönlichen Freunden des zukünftigen Präsidenten), der wichtigsten Leistungsträger des Wirtschaftskabinetts mit dem zukünftigen Finanzminister Hugo Noé Pino (Präsident der Zentralbank im Kabinett von Ex-Präsident Carlos Reina, Botschafter in Washington in der Regierung von Ex-Präsident Carlos Roberto Flores) und der zukünftigen Präsidentin der Zentralbank, Gabriela Nuñez (ehemalige Vize-Ministerin für Finanzen im Kabinett von Ex-Präsident Carlos Reina und Finanzministerin im Kabinett von Ex-Präsident Carlos Alberto Flores). Innenminister wird mit Jorge Arturo Reina der Bruder des Ex-Präsidenten Carlos Reina und Präsidentschaftsminister mit Edmundo Orellana der Koordinator des Wahlprogramms.

San José, Dezember 2005

Reinhard Willig